

Ein Stück aus dem Tollhaus

Man muss sich nur einmal die Kommentare der Juristen im [Beckblog](#) zum Thema „Internet-Zensur“ aka Zugangerschwerneisgesetz ansehen. Ein Jura-Professor schreibt z.B.: „Das Thema ist ein Stück aus dem Tollhaus. Heute morgen wurde in Brüssel der Eintrag beim TRIS-Rechner unter der Hand geändert. Unter der Rubrik „Entwurfsdokument“ Deutsch taucht jetzt das Zugangerschwerneisgesetz auf. Die Word-Datei trägt aber den Datumszusatz: 31 Juli. Die anderen Dokumente zum Gesetz (etwa die englischen und französischen Übersetzungen sprechen noch von § 8a TMG). Hier hat also jemand im Ministerium gemerkt, dass man da die alte Fassung nach Brüssel geschickt hat und hat „im kleinen Dienstweg“ den neuen Text nachgereicht. Das ist aber europarechtswidrig.“ Usw.

Digitales Aikido 5. Termin

Am Donnerstag, 16.07.2009 findet um 19:30 Uhr [der nächste Termin](#) statt.

* Ort: [dotplex](#), Gotenstr. 21, 10829 Berlin ([Google Maps](#))

* Thema: Zensur und Zensur umgehen

Am 17.04. unterzeichneten die 5 großen DSL-Provider einen Vertrag mit dem BKA, der sie verpflichtet, eine vom BKA bereitgestellte Liste von Websites umgehend zu sperren. Am 18.06. hat der Deutsche Bundestag das Zugangerschwerneisgesetz verabschiedet.

Wir wollen mit Ihnen über den Inhalt der „Zugangerschwerneis“ sprechen, über den potentiellen Missbrauch der Zensur-Infrastruktur und über Möglichkeiten, weiterhin unzensurierten

Zugang zu Informationen zu erlangen und Informationen unzensuriert zu publizieren.

Anmeldung: Wir bitten um Anmeldung (gerne auch anonym) über das [Webformular](#), per E-Mail an aikido@privacyfoundation.de (OpenPGP-I

GPF ruft zur öffentlichen Unterstützung von Anonymisierungsnetzen auf

Im Kontext der Geschehnisse um die iranische Präsidentschaftswahl am 12. Juni ist vielen Menschen in Deutschland wieder bewusst geworden, dass die Unterdrückung oppositioneller oder nicht erwünschter gesellschaftlicher Bewegungen häufig mit der Filterung und Zensur des Internets einhergeht. Weniger bekannt ist hingegen, dass diese Maßnahmen bereits in 36 Ländern umgesetzt sind, wie die OpenNet Initiative ermittelte [0].

Zur Umgehung der Internetzensur greifen betroffene Internetnutzer verstärkt auf Anonymisierungsnetzwerke zurück. Diese Netze erlauben es, für Überwacher unerkannt, auf zensierte Webseiten zuzugreifen und Nachrichten untereinander auszutauschen. Allerdings sind hierbei die Internetnutzer darauf angewiesen, dass entsprechende Anonymisierungsnetze im Ausland zur Verfügung stehen. In der Regel werden diese durch Freiwillige betrieben, und der Allgemeinheit kostenlos zur Verfügung gestellt.

Das größte Anonymisierungsnetzwerk dieser Art ist The Onion Router (Tor) [3]. Statistiken zeigen, dass sich in den

vergangenen Wochen die Anzahl der iranischen Nutzer ca. verzehnfacht hat [4]. Dies belegt, welche Bedeutung Anonymisierungsnetzen zur Wahrnehmung demokratischer Grundrechte wie Informations- und Kommunikationsfreiheit zukommt. Zahlreiche ähnliche Beispiele gibt es aus anderen Ländern, die keinen freien Informationszugang gewähren [5].

Um einer großen Anzahl von Benutzern den Zugriff auf Anonymisierungsnetze zu ermöglichen, müssen diese über ausreichende Kapazitäten verfügen. Da deren Nutzung i.d.R. kostenlos ist, sind die Netze auf freiwillige Betreiber angewiesen. Der gemeinnützige German Privacy Foundation e.V. betreibt derzeit 11 Anonymisierungsdienste, die jedem im Internetnutzer kostenlos zur Verfügung stehen [6]. Bei einem monatlichen Datenaufkommen von ca. 20 TeraByte (=20480 Gigabyte) entspricht dies mehreren Millionen anonymisiert übertragenen Webseiten und Emails pro Monat.

Der Betrieb dieser Server verursacht nicht unerhebliche Kosten. Um der zunehmenden Bedeutung von Anonymisierungsnetzen gerecht zu werden und die steigenden Benutzeranzahl bewältigen zu können, müssen diese Netze weiter ausgebaut werden [7]. Es ist im Interesse einer jeden demokratischen Institution, Menschen weltweit bei der Wahrnehmung ihrer Bürgerrechte zu unterstützen – hierbei spielen Anonymisierungsnetze mittlerweile eine wichtige Rolle. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, diese Verantwortung wahrzunehmen, und Anonymisierungsnetze verstärkt zu fördern.

Darüber hinaus appellieren wir an den bzw. die BürgerIn, den Ausbau von Anonymisierungsnetzen direkt zu unterstützen. Es steht dabei grundsätzlich jedem frei (und ist erwünscht!), einen Anonymisierungsserver selber zu betreiben. Sollte dies für Sie keine Option darstellen möchten wir Sie bitten, den Ausbau von Anonymisierungsnetzen [durch eine Spende zu unterstützen](#). Bereits für 50€ kann der Betrieb eines Anonymisierungsservers für einen Monat sichergestellt werden; aber auch kleinere Beträge sind willkommen. Wir bitten um

Spenden per Überweisung oder mittels Paypal [8].

0 <http://opennet.net/>

1 <http://nachrichten.t-online.de/c/19/13/76/96/19137696.html>

2

http://de.wikipedia.org/wiki/Iranische_Pr%C3%A4sidentschaftswahlen_2009

3 <http://torproject.org/>

4 <https://blog.torproject.org/blog/measuring-tor-and-iran>

5

<http://www.heise.de/tr/Retter-fuer-die-freie-Meinungsausserung-/artikel/141122>

6 <http://server.privacyfoundation.de/>

7 <https://blog.torproject.org/blog/recent-growth-tor-network>

8 <http://www.privacyfoundation.de/spenden/>

Kipo: Keine korrekten Zahlen

Eine lesenswerte [Recherche](#) von Dirk Landau entlarvt Frau Zensurula als Lügnerin. Laut [Heise](#) sagte sie: „Nur rund 160 Staaten hätten überhaupt eine Gesetzgebung gegen die Vergewaltigung von Kindern, die von den Tätern aufgenommen und übers Netz „massenhaft verbreitet wird“, monierte von der Leyen auf der Tagung; 95 Nationen hätten keine Gesetze gegen Kinderpornographie“.

Wahr ist nach Landau (Zitat):

* In 71 der 95 aufgeführten Länder ist Pornografie per se illegal. Also wäre eine Entfernung kinderpornografischer Inhalte von Servern in diesen Ländern unproblematisch zu gewährleisten.

* Für 9 der Länder kam ich zu keinem Ergebnis ob der Fragestellung

* 15 der 95 erlauben generell Pornografie und sind somit tatsächlich potenzielle „Kinderporno-Schurkenstaaten“

* 3 der letztgenannten haben zwischenzeitlich allerdings entsprechende Kinderschutz-Gesetze, die auch Kinderpornografie berücksichtigen, erlassen.

Es verbleiben also 21 {12 sicher + 9 zweifelhaft} Länder für die die Aussage zutrifft, dass es dort derzeit keine rechtliche Handhabe zur Verfolgung und Löschung von Kinderpornografie gebe. Darunter allerdings auch Länder wie Irak, Osttimor (Timor Leste), Chad oder Congo, die sich in Krieg, Bürgerkrieg, Anarchie oder verfassungsgebender Phase nach derlei Vorkommnissen befinden. Die Zwischenfrage sei erlaubt: Wieviele Internet-Server stehen in diesen Ländern insgesamt? Wieviele der Server auf bekannt gewordenen Sperrlisten stehen in den Ländern Congo, Cote d'Ivoire, Democratic Republic of Congo, Haiti, Jamaica, Moldova, Mozambique, Nicaragua, Sao Tome & Principe, St. Lucia, St. Vincent & the Grenadines, Timor Leste?

Piraterie

Nur damit die wohlwollenden Leserinnen und geneigten Leser es wissen: Ich habe mich jetzt entschieden, ab jetzt, wenn irgend möglich, bis auf Widerruf die [Piratenpartei](#) zu wählen. Mir reicht das Gefasel *aller* Parteien zu den Themen Internetzensur jetzt.

[[Unterschriften](#) zur Bundestagswahl]

Firmenpleite beschert Bundestag mehrjährige Internet-Abstinenz

Gefunden im [Heise Forum](#):

+++ FT: Firmenpleite beschert Bundestag mehrjährige Internet-Abstinenz +++

Im Deutschen Bundestag ist vom 11. Mai 2003 bis zum gestrigen Freitagmittag das Datennetz ausgefallen. Für mehr als 6 Jahre waren alle Politiker vom Internet abgeschnitten, Webrecherchen waren nicht mehr möglich. Zum Teil war auch der E-Mail-Verkehr lahmgelegt (einige Quellen sprechen jedoch lediglich davon, dass die betroffenen Politiker die @-Taste nicht gefunden hätten). Nach Auskunft der Bundestagsverwaltung lag ein Defekt im Rechenzentrum vor, der jedoch erst sehr spät behoben wurde. Die lange Reparaturzeit begründete ein Sprecher des Finanzministeriums mit der Pleite der für die Wartung des Datennetzes zuständige Servicefirma im Jahre 2002, die bisher jedoch keinem aufgefallen sei. Da der E-Mail-Verkehr nur zeitweise unterbrochen gewesen sei, und die meisten von den Politikern genutzten Informationen ohnehin persönlich von Lobbyisten bereitgestellt würden, habe der Ausfall aber keine großen Folgen gehabt. Außerdem würden Gesetze, wie z.B. von der Leyens neues Zensurgesetz, in der Regel per Handheben beschlossen und danach offline im Bundesgesetzblatt veröffentlichen, so dass der Umgang mit dem Internet für die Abgeordneten des Bundestages nicht erforderlich sei.

Das K-Wort und der Kapitalismus von seiner schlimmsten Seite

Sehr geehrte Damen und Herrn, bitte nehmen Sie zunächst ihre Köpfe ab zum Gebet. Wir widmen uns dem Thema Zensur, die in Deutschland bekanntlich – dem jeweiligen Zeitgeist entsprechend – nicht mehr im Gegen-Rechtsextremismus-im-Internet-Köstüm eingeht, sondern mittlerweile im kinderpornografischen. Spricht jemand das K-Wort aus, ist jeder Anwesende verpflichtet, seinen kritischen Verstand unverzüglich bei der Garderobefrau abzugeben.

Mühsam muss man aus dem Schwall moraltheologischer Medienberichte herausfiltern, wenn denn nun gemeint ist. „Von der Leyen lässt Kinderpornografie aus dem Netz filtern“, schreibt [Spiegel online](#), dass in einem [früheren Artikel](#) kurz gemeldet hatte: „Das BKA wird die täglich aktualisierten Block-Listen führen“. [Welt online](#) hingegen ist schon suggestiv und spricht von einem „Schutzprogramm“ statt von Zensurfiltern. Ja, konsequent: Es heißt „Schutztruppe“ statt „Besatzungsmacht“ und „[Friedenserzwingung](#)“ statt „Krieg“.

Bei [Heise](#) ist der Tenor etwas anders: Von einer „mehr oder weniger freiwilligen Vereinbarung“ ist die Rede, auch ein sattsam bekannter Textbaustein taucht auf: „Es gehe um ein *gemeinsames Zeichen* von Politik und Internetwirtschaft, dass „wir Kinderpornographie ächten“. (..) Alle wollen mitmachen.“ Gesicht und Flagge zeigen und hoch die Lichterkette und nun alle gemeinam. Natürlich wollen alle mitmachen, weil „die sieben größten Provider und ihre Dachverbände“ natürlich weder Eier haben, wie der Spanier das zu sagen pflegt noch einen Arsch in der Hose, wie der laut [Wilhelm Reich](#) mehr zwangsanalfixierte Deutsche das ausdrückt. Oder hat jemand die Zivilcourage und steht in einem vollen Saal auf, wenn alle

betroffen und moraltheologisch korrekt gucken, und sagt: Ich mache diesen lächerlichen Scheiß nicht mit? Nein, soviel Mut haben die nicht, obwohl alle wissen müssten, dass die geforderten Zensur- und Blockademaßnahmen aus technischer Sicht schlicht Blödsinn sind. Das europäische System heißt übrigens [CIRCAMP](#).

Wie soll das gehen? „Die Provider prüften bei jeder aufgerufenen Webadresse dann automatisch, ob diese in dem Sperrverzeichnis aufgeführt ist.“ Also funktioniert es nicht. Ganz einfach. Wer alles sehen will, netzt eben [Tor oder andere Anonymisierungsmaßnahmen](#).

Man kann immer nur den Kopf schütteln, welche hanebüchener Unsinn einfach so abgedruckt wird. „Man habe es hier mit „Kapitalismus von seiner schlimmsten Seite“ zu tun, sagt Ludvigsen: ‚Wenn Sie den Markt entfernen, wird sich die Produktion verringern.‘ In Norwegen würden pro Tag etwa 18.000 Zugriffe blockiert, sagt der Polizist – von der Leyen rechnet das auf die deutsche Bevölkerungszahl hoch und kommt auf über 300.000 Kinderporno-Abrufe, die pro Tag verhindert werden könnten.“ Ach ja? Das ist wie bei den pöhsen Drogen. Wenn man alle Junkies einsperrte und die Prohibition wieder einführte, dann verringerte sich der Drogenkonsum? Wie dämlich muss man sein, um so etwa zu behaupten?

Was sonst noch geschah

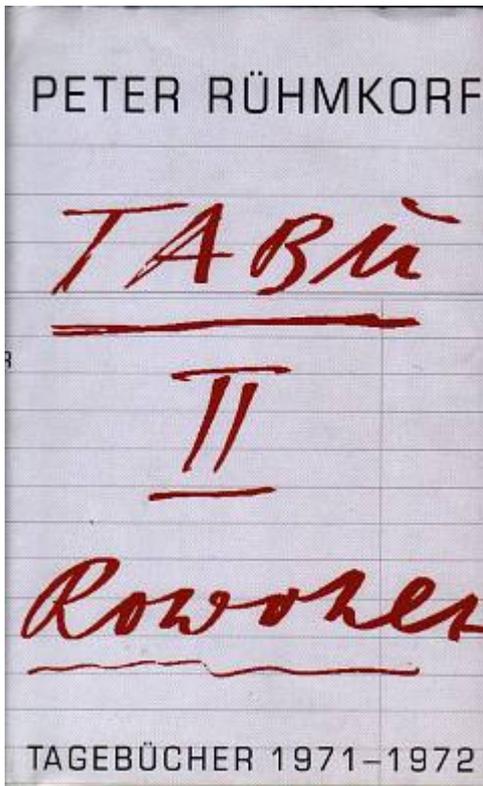
Ich habe mein Blog immer als Mischung von Journalismus, Unterhaltung und halb-privatem Tagebuch gesehen – als einen Gemischtwarenladen also. Das Tagebuch habe ich ein wenig vernachlässigt. Ja, ich habe Weihnachten allein verbracht, auch Silvester werde ich nur mit ganz wenigen Freunden in

einer Kneipe hier um die Ecke erleben. Ich muss mich an mein neues Single-Dasein erst noch gewöhnen.

Ich war auch nicht auf dem [CCC-Kongress](#) „Nothing to Hide“ [[Blogs](#)], obwohl ich seit 1995 fast keinen ausgelassen habe. Je mehr der CCC zum Mainstream wird, um so weniger kritisch berichten die Medien natürlich über desse merkwürdige [interne Gruppendynamik](#) oder die [Verschwörungstheorien](#), die prominente Mitglieder vertreten. Man muss jedoch hinzufügen, dass es keine [Meinung des CCC](#) gibt, sondern nur eine Vielfalt, und nur in der Berliner Sektion Sektierer die Lufthöhe errungen haben. Der Verein ist zum Glück, wie [Wau Holland](#) es zu sagen pflegte, „nicht verkircht“.

Ich empfehle einen [Heise-Artikel](#): „25C3: CCC will Beschlagnahmen von Festplatten reduzieren“. „Komplette Rechner oder Speichermedien dürfen im Licht des neuen Grundrechts auf die Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme nicht mehr bei jeder beliebigen Straftat beschlagnahmt und durchsucht werden. Dies erklärte Ulf Buermeyer, Richter am Landgericht Berlin, am Samstag auf dem 25. Chaos Communication Congress (25C3) in der Hauptstadt.“ Buermeyer ist auch [Mitglied](#) der [German Privacy Foundation](#). Ich bin mal gespannt, ob seine Kollegen am [Tiergartener Gericht](#) das auch so sehen.

Mitglieder und Vorstand der [GPF](#) haben sich am Sonntag nach dem Kongress in einer Kneipe am Alexanderplatz getroffen. Es waren doch mehr gekommen als wir ursprünglich dachten. Die [Liste unserer Server](#) samt den Ansprechpartnern ist jetzt online („Die German Privacy Foundation betreibt momentan folgende Anon-Dienste“) – danke an die Macher!



Ich habe in den letzten beiden Wochen ein paar Bücher angefangen zu lesen, diese aber nach wenigen Seiten enttäuscht zur Seite gelegt: [Yael Hedaya](#): „Zusammenstöße“ (langweilig), [Banana Yoshimoto](#). „Hard-boild Hard Luck“ (vielleicht nur schlecht übersetzt aus dem Japanischen, berührt mich nicht), [Attila Bartis](#): „Die Ruhe“ (interessanter Plot, aber dennoch langweilig). Jetzt lese ich gerade mit großem Vergnügen ein Buch, von dem ich zu allerletzt erwartet hatte, dass es mir etwas sagen könnte – von [Peter Rühmkorf](#) „Tabu II. Tagebücher 1971–1972. Reinbek: Rowohlt. 2004“. Ich habe nachgesehen: Von Rühmkorf besaß ich bisher nur „Walther von der Vogelweide, Klopstock und ich.“ Ich habe das irgendwann gelesen, vermutlich schon in den Siebzigern, und finde es gerade nicht wieder (steht in zwischen den Büchern in und über Mitteldochdeutsch? Unter Belletristik, alfabetisch? Unter Literaturtheorie?). Kurz gesagt: Ein äußerst amüsantes Lesevergnügen – der literarisch anspruchsvollen älteren Generation kann man es mit gutem Gewissen weiterempfehlen: „Er war ein feinsinniger Ästhet, ein raffinierter Schöngeist, ein exquisiter Ironiker.“

Interne E-Mails der kackbraunen Kameraden

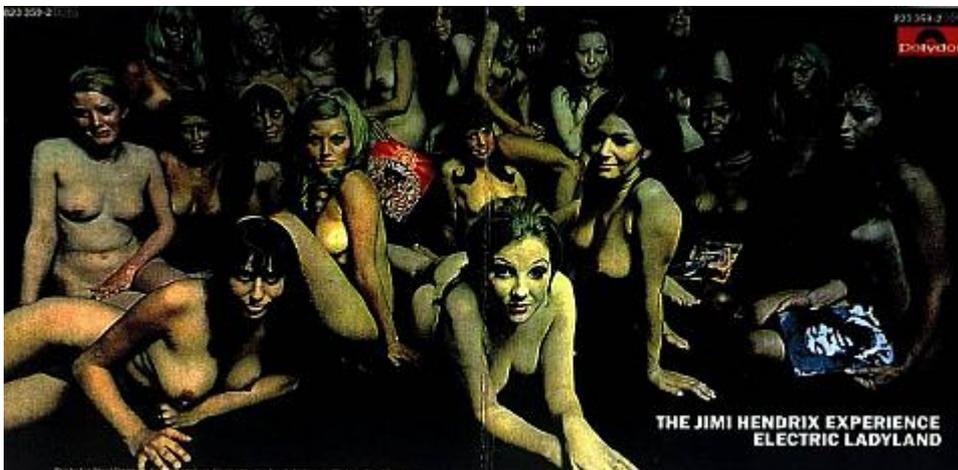
[Spiegel Online](#) schreibt über die NPD: E-Mails von NPD-Mitgliedern belegten, wie „die Rechtsaußen-Partei den Passauer Polizeichef Mannichl seit langem bekriegte.“: „Vor diesem Hintergrund rücken interne E-Mails der NPD wie die vom 16. April vergangenen Jahres nun in ein neues Licht:.“

Nein, liebe KollegInnen vom geschätzten Nachrichtenmagazin: Den gesamten Artikel samt seiner Schlussfolgerungen könnte Ihr in die Tonne treten. a) Diskutiert Ihr nicht die Frage, warum die Neonazis ihre E-Mails offenbar genausowenig verschlüsseln wie ihr, obwohl sie das schon – wenn man [Focus](#) glauben will (was ich vorsichtshalber nie tue) – seit 15 Jahren machen. b) Zweitens muss sich jeder fragen, woher Spiegel Online „internet E-Mails“ hat? Ganz einfach: Die sind selbstverständlich von den zahllosen Spitzeln des Verfassungsschutzes in der NPD nicht nur weitergeleitet, sondern vielleicht sogar selbst verfasst worden. Und die Dauerskandal-Behörde brieft dann mit „Interna“ aus der NPD ihr wohl gesonnene Journalisten, die das veröffentlichen. Mit anderen Worten: Auch Spiegel Online glaube ich in dieser Hinsicht kein Wort. Lasst diese Art von „Artikeln“ in Zukunft einfach weg oder lasst sie – mit Quellenangabe – von der Presseabteilung des Verfassungsschutzes schreiben.

„Selbst wenn noch nicht endgültig feststeht, ob ein Rechtsradikaler zugestochen hat und der Täter der NPD zuzurechnen ist, ergibt sich daraus, dass die extremistische Partei zumindest eine Mitverantwortung für ein Klima trägt, in dem eine politisch motivierte Tat hätte geschehen können.“ Jaja, geschenkt. Und was folgern wir daraus? NPD verbieten?

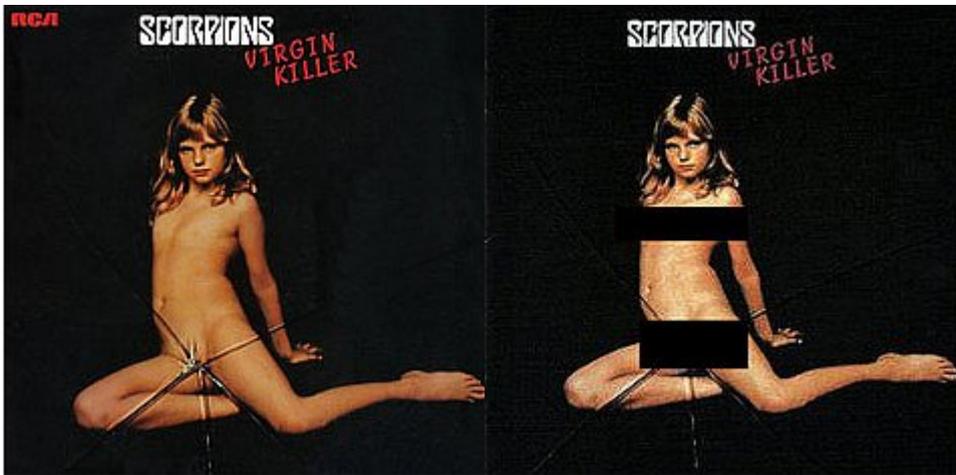
Und was ist mit den ebenso kackbraunen [Freien Nationalisten München](#), die ich hiermit *melde*, ohne eine sofortige *Durchführung* eines *Verbots* zu fordern, weil ich zwar ein Erzlinker, aber ein auch ein Erzgegner von Zensur und ein Erzbefürworter der freien Rede bin?

Nur für Erwachsene



[Welt Online](#) zeigt eine schöne Bilderserie verbotener Plattencover der letzten Jahrzehnte. Man sieht sehr deutlich, dass „Jugendschutz“ immer ein Vorwand war, die jeweiligen calvinistischen Moralvorstellungen durchzusetzen. Heute nimmt man gleich den Totschlags-Knüppel „Kinderpornografie“. Verlogen und heuchlerisch bleibt der Begriff „Jugendschutz“ immer. Mit dem Unterschied, dass die Diskussion in den siebziger und achtziger Jahren wesentlich unpolitischer und ästhetischer war. Heute geht es in Wahrheit um knallharte politische Zensur und staatliche Repression (vgl. Vorratsdatenspeicherung), die sich nur mit dem Mäntelchen „Jugendschutz“ kostümiert.

Virgin Killer



Ich hatte nicht vor, über die aktuelle Zensurdebatte und die viktorianische Bigotterie in England etwas zu schreiben. Die öffentliche Hysterie über das Plattencover des [Scorpions-Albums](#) aus dem Jahr 1976 (!) langweilt mich einfach. Wem nach 32 Jahren auffällt, das ein Cover den Untergang des Abendlandes heraufbeschwört und dabei den ekligen Textbaustein „Kinderpornografie“ speicheltreifend im Maul führt, der ist für mich nicht satisfaktionsfähig. Aber ich hätte es besser wissen müssen. Wie die [Hannoversche Allgemeine Zeitung](#) meldet, haben die Jugendschutzwarte „eine Indizierung des Schallplatten-Titelbildes ‚Virgin Killer‘ bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien angeregt,“ Natürlich. Man konnte drauf warten wie das Amen in der Kirche. Wo kämen wir denn hin. Übrigens, liebe schmallippigen Jugendschutzwarte, Zensurfreunde und sonstige Calvinisten: Es gibt keine an sich „aufreizende“ Posen. „Aufreizend“ ist das Mädchen auf dem Cover nur in eurer dreckigen Fantasie. Und deshalb wollt ihr es aus den Augen haben.

Mehr zum Thema im [Spiegel](#) 28/1991: „Ich ficke Babies.“

Die virtuelle Streife – alles Kappes



Es gibt Leute, die halten die „Süddeutsche“ für eine seriöse Zeitung. Für manche Themen mag das auch stimmen. Beim Internet jedoch verbreitet man dort oft [groben Unfug](#).

„[Die virtuelle Streife](#)“ lautete am 01.12. die Überschrift für einen unsäglichen Artikel, der alle Regeln des Handwerks grob missachtet. Der Autor [Stefan Mayr](#) hat sich vom Bayerischen Landeskriminalamt instrumentalisiert lassen, um nicht nur die Vorratsdatenspeicherung zu pushen, sondern auch, um indirekt Zensur und totale Kontrolle im Internet zu fordern. Ich habe selten einen schlechter recherchierten Artikel über Second Life in einem großen deutschen Medium gelesen. (Ich habe eben den Kollegen Mayr deswegen extra in seinem Augsburger Büro angerufen und einige Dinge versucht zu klären.)

Man muss sich die einzelnen, zum Teil hanebüchenen Aussagen

auf der Zunge zergehen lassen: „Da die Verbreitung pornographischer Schriften an Kinder und Jugendliche hierzulande verboten ist, würde Wolfgang Kaps (ein ehemaliger Koch, wie auf [„Wolfgang's \[sic\] privater Website“](#) zu lesen ist) gerne alle Sexangebote in Second Life unterbinden.“ Und so was drucken die ohne ein kritisches Wort dazu einfach ab! Man muss dankbar sein, dass Kaps das offen sagt. Man kann sich lebhaft vorstellen, was geschähe, ließe man das LKA Bayern gewähren – „sie“ wollen ein Internet ohne Sex-Angebote. Super. Warum tut sich das LKA Bayern nicht mit den Taliban, den Nordkoreanern und den Saudis zusammen? Die wollen das auch.

„In der virtuellen Welt als rechtsfreier Raum stoßen die Cyber-Cops im weltweiten Web regelmäßig an eng bemessene Grenzen. Nicht einmal gegen Kinderpornographie können sie effektiv vorgehen.“ Das ist eine nicht nur dämliche, sondern auch dummdreiste Lüge. Erstens ist Second Life kein „rechtsfreier Raum“. Zweitens: Das „weltweite Web“ (übersetzt: das weltweite weltweite Netz) ist *nicht* Second Life, sondern hat rein gar nichts damit zu tun. Hier wird munter alles durcheinandergemischt, um die Drohkulisse „Kinderpornografie“ auch bei virtuellen Welten aufzubauen. In Second Life gibt es keine Kinderpornografie, auch wenn [dieses Märchen](#) in den deutschen Medien – wie gewohnt ohne eigene Recherche – breit wie Quark getreten wurde. Die Rechtslage in den USA, also auch für die kalifornische Firma Linden Lab, ist laut [Wikipedia](#) beim Lieblingsthema deutscher Medien ohnehin anders: „Explizit eingeschlossen sind retuschierte Bilder, die den Eindruck erwecken, Minderjährige darzustellen, nicht eingeschlossen sind dagegen offenbar Abbildungen, die keine reale oder keine mit einer realen Person identifizierbare Person zeigen.“ Das ist in Deutschland anders. Aber zum Glück will die Welt nicht am deutschen Jugend“schutz“wesen genesen.

„Die Fahnder scheitern mitunter an der Gesetzeslage, denn bis heute gibt es zahlreiche Internet-Provider, die die Verbindungsdaten ihrer Kunden nicht oder nur kurz speichern.“

Was hat das mit Second Life zu tun? Nichts. Aber der Satz ist waschechte Propaganda für die [Vorratsdatenspeicherung](#), die Mayr übernimmt, ohne den technischen Unsinn zu bemerken, den das LKA ihm untergejubelt hat. Auch die flächendeckende Speicherung aller digitalen Bewegungsdaten würde keine Informationen über das Verhalten von Avataren liefern. Was soll das also hier? Meine diesbezügliche Frage konnte Mayr auch nicht beantworten.

„Wie im Fall eines Täters aus Bremen, der in Second Life in einem virtuellen „Kinderzimmer“ Pornographie mit Minderjährigen angeboten hatte. Der 40-Jährige wurde im Februar zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt. Den entscheidenden Tipp hatte ein Journalist der ARD gegeben. Er hatte aus San Francisco für 300 Linden-Dollar (1,20 Euro) sechs Kinderporno-Fotos bestellt und vom Täter per E-Mail erhalten.“ Das war übrigens, wie ich soeben erfahren habe, Report Mainz (in Mainz sitzen auch die Zensur-Freunde von [jugendschutz.net](#) – fast direkt neben dem SWR, der den Blödsinn, den die Jugendschutzwarte von sich geben, in der Regel unkritisch übernimmt).

Ein deutscher Journalist fliegt also nach Kalifornien, um als Lockspitzel zu dienen – was nach deutschem Recht strafbar wäre – und lässt sich „per E-Mail“ eklige Fotos schicken. Was hat das jetzt mit Second Life zu tun? Dort waren die Fotos *nicht* zu sehen.- sonst hätte der journalistische Hilfspolizist sie sich ja nicht schicken lassen müssen.

Der Artikel in der Süddeutschen ist also eine krude Mischung aus urbanen Märchen, Lügen, Halbwahrheiten und Einflüsterungen des LKA – eine unbezahlbare Lobbyarbeit für die „virtuelle Streife“, aber eine Schande für den deutschen Journalismus. Pfui!

Der Screenshot ist übrigens gestellt. Hinter dem weiblichen Avatar steckt in Wahrheit ein Mann. Und mein Avatar hat jetzt eine Kung-Fu-Animation mit einstellbarer „Damage“-Funktion –

ich kann andere Avatare also jetzt richtig verprügeln, auch wenn sie zufällig Kaps heißen sollten.

Schließung der Datenautobahn

Kinderpornografie: Von der Leyen will Internetzugang zu Kinderpornografie blockieren



Wei schon mehrfach [geschrieben](#), setzt bei den allermeisten deutschen Medien beim Stichwort „Kinderpornografie“ das rationale Denken komplett aus. Von seriöser Recherche keine Spur. Die [Tagesschau](#) leistete sich gestern eine waschechte Falschmeldung. Das interessiert natürlich niemanden.

[Familienministerin](#) von der Leyen fordert die Sperrung von „Kinderporno-Websites“. Unter der suggestiven Überschrift „Kinderseelen werden zerfetzt“ sagte sie dem [Hamburger Abendblatt](#): „Es gibt eine riesige Dunkelziffer. Es wird immer mehr über kommerzielle Websites verbreitet. Da werden Millionenbeträge verdient. Pornografische Videos, auf denen Kinder gequält und gefoltert werden, werden allein in Deutschland bis zu 50000-mal im Monat heruntergeladen. (...) Wir schließen die Datenautobahn der Kinderpornografie. Das BKA

erstellt Listen der kinderpornografischen Websites. Jetzt sollen die Zugangsanbieter gesetzlich verpflichtet werden, die Listen zu beachten und solche Websites unverzüglich zu schließen. Der Kunde klickt an und läuft ins Leere – kein Anschluss unter dieser Nummer. Das ist technisch möglich, und es ist rechtlich möglich.“

Ist das wahr? Natürlich nicht. „Dunkelziffern“ riechen bei diesem Thema immer nach Moralthologie und nach einem Vorwand, für den „Kinderpornografie im Internet“ immer herhalten muss. Die Zahl des „Herunterladens“ ist ohnehin frei erfunden: Woher sollten die Ermittler das wissen? Ist die Quelle die kläglich verlaufende „[Operation Heiße Luft](#)„? „Kommerzielle Websites“? Und warum belangt man die nicht? Kinderpornografie ist zwar in vielen Ländern unterschiedlich definiert, aber verboten ist sie fast überall. Da es [keine anonymen Websites](#) gibt, könnte man immer herausfinden, wer die Angebote hostet – und wenn es die Lockspitzelangebote des FBI sind (dem FBI ist so etwas erlaubt).

[Von der Leyen](#) fordert also eine Art Zensur wie schon in Nordrhein-Westfalen [praktiziert](#): Die Regierung gibt den Providern vor, welche IP-Adressen zu sperren sind. Natürlich ist so etwas [leicht zu umgehen](#). Von der Leyen hat also keine Ahnung, wovon sie redet.

Und was macht daraus die *Tagesschau*? Sie behauptet, von der Leyen habe gesagt: „Die „polizeibekanntes Kinderporno-Seiten im deutschen Netz“ sollten geschlossen werden. „Momentan seien das rund 1000.“ Das hat die Ministerin mitnichten gesagt. „Im deutschen Netz“, was auch immer das sein soll (gibt es ein deutsches Internet?), gibt es gar keine Kinderporno-Websites. Die wäre schon [seit dem ersten Hype vor zehn Jahren](#) zum Thema geschlossen worden. Die *Tagesschau* suggeriert also eine Gefahr, die es so nicht gibt. Wie